



Protokollauszug
zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Dienstag, 23.07.2024, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Erhöhung der hauptamtlichen
Funktionen im 24 Stundendienst und
Aufstockung der ehrenamtlichen
Wachbesetzung der Feuerwehr
Ludwigsburg
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 146/24

Beschlussempfehlung:

Die vier 24-Stunden Funktionen im Einsatzdienst werden auf acht 24-Stunden Funktionen an Werktagen erhöht. An den Wochenenden und Feiertagen werden die bisherigen vier 24-Stundendienste tagsüber auf 2 reduziert. Gleichzeitig verstärkt man die Nachtschicht auf 8 Funktionen.

Die Wachbesetzung durch das Ehrenamt am Wochenende und an Feiertagen wird tagsüber um eine Funktion von 9 auf 10 erhöht.

Die Wach- und Dienstpläne der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Feuerwehrkräfte werden entsprechend ab Januar 2025 umgestellt.

Die zwei Sperrvermerke im Stellenplan 2024 des Fachbereiches Feuerwehr und Bevölkerungsschutz werden aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf. Sie geht auf die Beratungsfolge ein. Die Ersteinbringung sei bereits bei der letzten Sitzung erfolgt und diene zur Information. Heute solle ein Empfehlungsbeschluss für

die morgige Sitzung des Gemeinderats gefasst werden. Sie geht auf die Historie und die Beweggründe ein. Das derzeitige Schichtmodell habe im Hauptamt zu Unzufriedenheiten und einer hohen Fluktuation geführt.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Feuerwehr und Bevölkerungsschutz und der **Kommandant** gehen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein. Man habe einen Konsens zwischen Haupt- und Ehrenamt gefunden und mit allen Abteilungen Gespräche geführt. Die Maßnahme bringe viele Vorteile und Synergieeffekte.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Der Kompromiss sei gut, sagt Stadtrat **Medinger**, auch hinsichtlich der Turbulenzen in der Vergangenheit. Er lobt die neutralen Personalausgaben. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Die Maßnahme diene zur Verbesserung des Schutzzieles, der Aus- und Weiterbildung und zur besseren Verzahnung zwischen dem Haupt- und Ehrenamt sowie der Arbeitsplatzattraktivität für die Hauptamtlichen, merkt Stadtrat **Meyer** an. Man stehe im Wettbewerb mit anderen Kommunen und Betrieben. Der Kompromiss sei gut, auch hinsichtlich der Finanzierbarkeit. Das Thema Wohnen müsse in den Fokus gerückt werden. Er wünscht einen Bericht im zweiten Halbjahr 2025. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Moersch** weist auf den komplexen Sachverhalt hin und dankt allen Beteiligten. Sie lobt die Einbeziehung des Haupt- und Ehrenamtes. Die Aufhebung der Sperrvermerke sei wichtig, wie auch die Bindung der Nachwuchskräfte. Sie stimmt der Vorlage ebenso zu.

Die Feuerwehr habe eine exponierte Rolle in der Stadt und sei für den Bevölkerungsschutz wichtig, sagt Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Man müsse ein attraktiver Arbeitgeber sein, da man im Wettbewerb zu anderen Kommunen stehe, hierzu gehören unter anderem gute Arbeitsbedingungen, sowie Wohnraum. Er hofft auf große Zufriedenheit.

Stadträtin **Dötterer** schließt sich den Wortbeiträgen an.

Stadträtin **Allerborn** stimmt ebenso zu.

Auch Stadtrat **Taskin** signalisiert seine Zustimmung. Es solle vergünstigter Wohnraum angeboten werden, regt er an.

Nach dieser Aussprache lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf und führt in das Thema ein.

Der **Leiter** und eine **Mitarbeiterin** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales gehen auf die Mitteilungsvorlage anhand der Diagramme, welche im Internet abgebildet sind, ein. Die Ergebnisse werden laufend aktualisiert und sind unter www.ludwigsburg.de, Rathaus und Service, Statistik einzusehen.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Medinger** erinnert an die massiven Proteste zur Volkszählung in den 80er Jahren. Heute sei die Datenerhebung wesentlich unspektakulärer. Aus den Erhebungen können entsprechende Folgerungen für die Kommunalpolitik gezogen werden. Er fragt nach den Ursachen für den Einbruch der Bevölkerungszahlen. Zudem weist er darauf hin, dass ihm die Angabe der bundesweiten Erhebung bei den Immobilieneigentümern mit 3 Millionen zu gering erscheine.

Die Information sei wertvoll, wie auch der Sozialdatenatlas, lobt Stadträtin **Dr. Traub**. Die Fakten seien wichtig für die kommunalpolitische Arbeit. Die Onlineteilnahme sei ein Vorteil gewesen und fragt nach der Teilnahmebereitschaft in Ludwigsburg. Sie geht auf die Daten zum Bildungsstand ein und merkt an, dass ihr die Anzahl der Menschen ohne Abschluss Sorgen bereite und wünscht entsprechende Maßnahmen. Weiter wünscht sie mehr Information zum Rückgang von 1.600 Personen hinsichtlich der Altersgruppe. Der Wohnungsleerstand sei Anlass Maßnahmen zu treffen und Bemühungen wie das Projekt „Türöffner“ zu verstärken.

Stadträtin **Moersch** zeigt sich verwundert, dass die Miethöhe in der mittleren Range liege. Sie bedauert den Wohnungsleerstand, weist aber auch auf den Schutz des Eigentums und die Rücksichtnahme der Befindlichkeiten der Eigentümer hin. Der große Anteil an hohen Bildungsabschlüssen sei gut, wenngleich ihr die Anzahl ohne Bildungsabschluss Sorgen bereite und müsse verstärkt im Fokus bleiben. Sie fragt, ob die Erwerbstätigkeit in der Stadt noch ermittelt werde.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** dankt für die Aufbereitung der Daten. Er geht auf den Bildungsstand ein und fragt, wie der Vergleich hinsichtlich der Anzahl ohne Schulabschluss zu anderen Kommunen, wie Esslingen, Heilbronn oder Pforzheim, liege. Weiter wünscht er mehr Information zum Weggang der Personen, insbesondere zum Familienwegzug aufgrund fehlenden adäquaten Wohnraums oder fehlender Betreuungszeiten. Zum Wohnraumleerstand regt er eine weitere Kampagne wie auch Wohnraumschaffung an. Die Schiefstände sollen öffentlich diskutiert werden. Hierin sehe er die Folgearbeit dieses Zensus, der viele Themen auffächere. Die Einwohnerzahl einer Großstadt werde in den nächsten Jahren nicht erreicht, so seine Prognose.

Der Zensus sei für Ludwigsburg von unschätzbarem Wert, sagt Stadträtin **Allerborn**. Die Wohnflächengröße stehe nicht im Verhältnis zur Haushaltsgröße. Junge Familien finden keinen Wohnraum und wandern ab. Die Altersentwicklung müsse beobachtet

werden.

Stadtrat **Taskin** bemängelt ebenso die Wohnungsgröße für Einmalhaushalte und schlägt Anreize oder Unterstützungen für einen Wohnungstausch sowie Umzug vor. Schulabgängern ohne Abschluss sollte direkt durch die Schule künftige Alternativen vermittelt werden.

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Man habe noch nicht alle Feindaten, merkt sie an. Erfasst wurden Menschen schon ab 15 Jahren. Dies beeinflusse die Statistik der Schulabschlüsse, dasselbe gelte auch für die Berufsabschlüsse und Arbeitenden. Hier fehle noch die Differenzierung, etwa nach Alter, betont sie. Erst danach könne über entsprechende Maßnahmen nachgedacht werden. Zum Weggang merkt sie an, dass dies im Wesentlichen an Umzügen ins Ausland liege. Weiter geht sie auf die Durchschnittsmieten bei Bestandswohnungen ein. Bei Neubauten liege der Quadratmeterpreis eher über 16 Euro. Seit Sommer 2022 habe die Stadt rund 300 leerstehende Wohnungen für die Unterbringung von Geflüchteten akquirieren können. Diese seien im Zensus nicht erhoben. Die Rückläufe zum Zensus waren gut, es habe nur wenige Ausnahmen gegeben. Hier habe man auf ein Mahnverfahren verzichtet, da dies zu keiner statistischen Verfälschung geführt habe. Zur Wohnungsgröße der Einpersonenhaushalte müssen die Details und Gründe genauer betrachtet werden. Die Ergebnisse des Zensus werden unter anderem mit dem Bildungsdatenatlas, Sozialdatenatlas, Schulentwicklungsplanung und Kitabedarfsplanung abgeglichen, soweit möglich. Für Prognosen werden dennoch immer Neubewertungen notwendig sein.

Der **Leiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales weist darauf hin, dass in der Anzahl der Menschen ohne Berufs- und Schulabschluss ebenso nicht anerkannte ausländische Abschlüsse eingerechnet seien.

Eine **Mitarbeiterin** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales geht auf die offene Frage zur Erhebung der Eigentümer in Deutschland ein und weist auf einen Fehler hin. Der berichtigte Betrag liege bei 23 Millionen.

Stadtrat **Prof. Vierling** geht auf den Wohnungsleerstand länger als 6 Monate ein und fragt, ob die Wiedervermietungsprämie erfolgversprechend gewesen sei. Zudem will er wissen, ob die Ferienwohnungen inkludiert seien.

Die Stadt brauche eine gewisse Leerstandsquote, damit auf dem Wohnungsmarkt eine Bewegung erfolgen könne, fügt eine **Mitarbeiterin** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales hinzu. Ferienwohnungen werden separat erhoben und belaufen sich auf lediglich 0,3%. Zum Leerstand werden unter anderem auch Werkwohnungen, Monteurswohnungen und Studierendenwohnheime eingerechnet.

EBMin **Schmetz** stellt nach dieser Aussprache die Kenntnisnahme des Gremiums fest. Die endgültige Auswertung müsse abgewartet werden, die detaillierten Daten werden bis Ende des Sommers erwartet.